

Seignepreis:

3. verteilbar. 20.—, monatlich 10.—, wöchentlich 5.—, täglich 2.—, freies Haus, werben zahlbar. Postbezugs: Monatlich 10.—, wöchentlich 5.—, täglich 2.—, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich 18.50 M., für das übrige Ausland bei täglich einmal Zustellung 21.50 M. Volkshilfen nehmen an Österreich, Ungarn, Tschechoslowakei, Dänemark, Holland, England, Schweden und die Schweiz. — Einsetzen in die Postzeitungs-Verliste.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk u. Welt“ erscheint wöchentlich zweimal, Samstags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:

Die achtspaltige Korporationsliste kostet 2.— M. Tagesausgabe 50 Pf. „Kleine Anzeigen“, das ist gedruckt Wort 1.— M. (zuletzt zwei festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 60 Pf. Stellengesuche und Stellenanzeigen das erste Wort 60 Pf., jedes weitere Wort 40 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Anzeigen für Familien-Anzeigen für Abonnenten Seite 2.— M. politische und gewerkschaftliche Vereins-Anzeigen 2.— M. die Stelle ohne Aufschlag. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 8 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Größter von 9 Uhr früh bis 6 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Morosplatz, Nr. 15190-15197.

Freitag, den 9. Juli 1920

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Morosplatz, Nr. 11753-54.

Bereitschaft zur Entwaffnung.

Protest gegen die Einmarschdrohung.

Spa, 9. Juli. Wie der Vertreter des RW erfährt, ist die deutsche Regierung einstimmig zu dem Entschluß gekommen, die von der Entente in der gestrigen Konferenz gestellten Bedingungen in der Frage der Entwaffnung und der Herabsetzung der Heeresstärke anzunehmen. Die vorgesehene Strafbestimmungen bei Nichterfüllung dieser Bedingungen seien jedoch eine Abänderung des Versailler Friedensvertrages, zu deren Unterzeichnung die deutsche Regierung der vorherigen Zustimmung der gescheiterten Faktoren bedürfte. Man hofft, daß in der heutigen Sitzung der Konferenz eine Formel gefunden wird, welche diesen Bedenken der deutschen Regierung Rechnung trägt.

Berlin, 9. Juli. In den mit den Parteiführern, dem Hauptausfluß und dem Reichsrat geschlossenen Besprechungen über die Bedingungen der Entente betreffend die Entwaffnung wurde von Reichsminister Koch einleitend hervorgehoben, daß der Reichsminister und die in Spa anwesenden Mitglieder der Reichsregierung über die Auffassungen dieser Organe unterrichtet sein müßten, bevor eine Entscheidung getroffen wird. — Die Beratungen zogen sich gestern bis nach Mitternacht hin und wurden heute früh um 8 Uhr wieder aufgenommen. Die Bedingungen der Entente lösten die schwersten Bedenken aus. Insbesondere erblickten die Parteien einmütig in der Drohung mit der Besetzung des Reichsgebietes eine schwere Bedrohung unserer nationalen Existenz und der Herstellung eines einheitlichen und friedlichen Zusammenlebens. Die Vertreter der Regierung in Spa sind von dem Ergebnis der Besprechungen unverzüglich in Kenntnis gesetzt worden.

Gedankenloses Treiben.

Entwaffnungsfrage und Rechtspreffe.

Wie unser Berichterstatter aus Spa zutreffend in der in unserem heutigen Morgenblatte wiedergegebenen Depesche bemerkte, bedeutet die von der Entente gewährte sechsmonatige Entwaffnungsfrist, so hart sie auch an sich noch sein mag, ein Entgegenkommen der Entente. Der von unserem Mitarbeiter erwartete Protest in der rechtsstehenden Presse hat bereits programmäßig eingesetzt, und die Tonart unserer reaktionären Blätter deutet auf alles andere als auf einen ehrlichen Willen zur Verständigung hin.

Der starke Mann in der Redaktion der „Deutschen Tageszeitung“, Herr Graf Reventlow, weist höhnend auf die Eile hin, die die Vertreter der Entente zu haben scheinen und erklärt:

„Deutschland hat keine Eile, und eine eilige Behandlung der deutschen Lebensfragen in Spa läuft dem deutschen Interesse durchaus zuwider. Wir nehmen bis auf weiteres als selbstverständlich an, daß die deutschen Regierungsvertreter sich dieser Lasten klar bewußt sind und ihrer Bedeutung entsprechend handeln werden.“

Unserer Ansicht nach ist, wenn die Alliierten nun einmal auf eiliger Verhandlung bestehen, diese keiner Verhandlung weitaus vorzuziehen. Herrn Reventlows Stärke liegt überhaupt mehr im bombastischen Wort als im politischen Tiefblick, beurteilt er doch die Forderung der Entente folgendermaßen:

Die Pflicht ist offenbar, Deutschland durch innere Anstrengungen dafür zu bestrafen, daß das Frankreich verbündete „starke Polen“ dieses sein Epitheton von Tag zu Tag weniger rechtfertigt.

Jede Pflicht, die man der Entente unterschleibt, würde den tatsächlichen Erwägungen der Entente näher kommen, als gerade diese. Auf den Gedanken, daß gerade er und seine militärischen Freunde die Hauptursache für das scharfe Vorgehen der Entente und für ihr Vorgehen sind, kommt der selbstbewußte Graf natürlich nicht.

In dem Reigen der alldeutschen Protestierer darf natürlich die „Deutsche Zeitung“ nicht fehlen. Obwohl man noch nicht in eine Beratung der wirtschaftlichen Fragen eingetreten ist, ist für dieses Militaristenblatt bereits alles zerfallen, bevor noch die Diskussion begonnen hat. Man könnte sich mit der Stellungnahme der „Deutschen Zeitung“, wenn man sich die Mühe gibt, sich in den Seelenzustand dieser Leute hineinzuversetzen, allenfalls abfinden, falls als Argument für die notwendige Beibehaltung von 200 000 Mann endlich einmal neben dem Bolschewismus auch etwas anderes, zum Beispiel die soziale Seite der Angelegenheit, ins Feld geführt würde. Das ist natürlich nicht der Fall, und mit starker Geste, die nur schlecht die tönende Phrase verhallt, schreibt sie im völlig verantwortungslos-weise:

Wir erwarten, daß unsere Abgesandten in Spa das Vertrauen rechtfertigen werden, da man in sie setzt: Daß sie den

französisch-englischen Vernichtungswahnsinn mit einem glatten „Rein“ beantworten.

Daß dieses „Rein“ uns vielleicht erst recht in den Bolschewismus — der diesmal nicht nur ein Schreckgespenst wäre — hineinstürzen würde, das will die „Deutsche Zeitung“ nicht sehen. Gofft sie noch immer auf den „starken Mann“, der uns als Militärdiktator dem Paradies Deutschland entgegenführen soll? Kapp und Püttwig, die doch der „Deutschen Zeitung“ sehr nahe stehen, waren nur wenig erfreuliche Vorbilder hierfür.

Aus der schwerindustriellen „Post“ spricht der — allerdings bei unserer Lage kaum begreifliche — Widerwille gegen eine Verständigung. Sie schreibt:

Es wäre grundfalsch, ein Entgegenkommen der Alliierten, oder Verständnis für unsere Lage in dem Vorschlag einer sechsmonatigen Frist zur Durchführung der Entwaffnung erblicken zu wollen. 200 000 Mann sind das Minimum zur Aufrechterhaltung der inneren Ordnung.

Allerdings mögen sie das sein, solange die Konföderation und die Verfassungsfeinde im Lande auf einen gewaltsamen Umsturz hinarbeiten. Darüber täuscht auch nicht folgender Ablenkungsversuch des reaktionären Blattes hinweg:

Wie soll übrigens bei auflösender Sicherheitswehr und in Auflösung befindl. der Reichswehr die Entwaffnung der linksradikalen Arbeitererschaft durchgeführt werden? Hier befindet sich doch die große Mehrzahl der Gewehre, die Lloyd George sonst Kopfzerbrechen machen, daß er behauptet, Deutschland bedrohe seine Nachbarn mit bolschewistischen Angriffen!

Wir selbst haben niemals einen Zweifel daran gelassen, daß wir Wegner jeglicher Waffenlager sind, wo immer sich diese befinden mögen, und daß wir von der Arbeitererschaft die freiwillige Abgabe der Waffen erwarten. Gerade die „Post“ aber ist in allerletzter Linie berechtigt, mit besonderem Nachdruck diese Forderung zu vertreten. Den Meinungsaustrausch mit der Arbeitererschaft hierüber soll sie uns nur ruhig überlassen und sich selbst einmal ein wenig die Rittergüter in Bommern und Reddenburg ansehen — falls ihr Einfluß soweit reicht.

Wie wir bereits betonten, halten auch wir die Stellungnahme der Entente, obwohl sie formaljuristisch einwandfrei ist, für hart und konfliktbringend. Allerdings sehen wir die Sache von einer anderen Seite an. Für uns ist die Frage der Entwaffnung — wie schon oben kurz angedeutet — mindestens so sehr eine soziale wie eine militärische Frage. Unsere Sorge besteht weniger darin, wie wir mit 100 000 Mann auskommen sollen, als vielmehr in der Frage: Wie und wo schaffen wir den 100 000 brotlos gemachten Reichswehrgelassen ein Unterkommen und eine Existenz? Die alldeutsche Presse würde sich ein Verdienst erwerben, wenn sie mit uns zusammen an die Lösung dieses Problems herantreten würde; jedoch haben wir Grund zu der Annahme, daß gerade diese Seite der Frage sie am wenigsten interessiert. Die Arbeitererschaft wünscht, daß durch die Entlassung von 100 000 Soldaten keine neuen Herde für militaristische Beunruhigungen geschaffen werden; diese Erwägung ist für sie entscheidend, und nur eine Politik, die sich sorgsam von jeglichem Chauvinismus freihält, ist geeignet, einigermaßen eine befriedigende Lösung der Frage herbeizuführen und uns vor dem Chaos zu retten.

Württembergs Standpunkt.

Verzicht auf Polizei und Einwohnerwehr unmöglich.

Stuttgart, 9. Juli. In Beginn der heutigen Landtagssitzung teilte Staatspräsident Dr. v. Dierber mit, daß am Donnerstagabend von der Reichsregierung ein Telegramm einging, worin die württembergische Regierung um Stellungnahme zu dem Deutschland in Spa gestellten Ultimatum aufgefordert wird. Der Minister hat dem württembergischen Bevollmächtigten in Berlin folgenden einstimmigen Beschluß des Kabinetts übermitteln:

„Verzicht auf Polizei und Einwohnerwehr unmöglich, wäre gleichbedeutend mit der Auflösung jeder staatlichen Ordnung. Bezüglich der Reichswehr wird die Entscheidung der deutschen Regierung überlassen.“

Das Kabinett nahm diese Erklärung freifällig auf.

Japan und Sibirien. Antische Berichte besagen, daß die Russen die letzte nördlich von Wladiwostok gelegene Hafen, der sich noch im Besitz Russlands befindet, von japanischen Truppen besetzt worden ist.

Der halbgeöffnete Janustempel.

Auf alle Einwendungen, die gegen eine formale Zustimmung zu der Erklärung der Entente erhoben werden, gibt es nur eine Frage als Antwort: „Was sollen wir tun? Sollen wir etwa Krieg führen?“ Da kein Mensch mutig oder irrsinnig genug ist, diese Frage mit Ja zu beantworten, so werden alle Einwendungen hinfällig.

Gewiß, es gibt noch eine andere Form des Widerstandes. Das ist die Verweigerung jedes der inneren Gesinnung widersprechenden Vippenbekenntnisses, das heroisch geduldige Ertragen aller Leiden, die sich aus jener Weigerung ergeben, bis zu dem Punkt, an dem der Segner unter dem Druck der öffentlichen Meinung sein Verhalten ändern und mildere Seiten aufziehen muß.

Eine solche Politik konnte vor einem Jahr erstlich in Erwägung gezogen werden, als man vor der Frage stand, ob der Friedensvertrag unterzeichnet werden solle oder nicht. War sie damals unmöglich, so ist sie heute erst recht unmöglich. Glaubt irgend jemand, daß das deutsche Volk bereit sei, seine Leiden auf sich zu nehmen, um zu verhindern, daß die Reichswehr auf 100 000 Mann reduziert oder daß die Sicherheitspolizei in die Ordnungspolizei eingegliedert wird? Glaubt irgend jemand, das deutsche Volk könnte in einem solchen Ringen des passiven Widerstandes gegen die Entwaffnung die Sympathien der Welt für sich gewinnen und hätte irgendeine Aussicht auf Erfolg?

Was heute vormittag in Spa geschehen ist, war einfach das Notwendige und Unvermeidliche. Daß es uns aber in dieser Form aufzuzwingen wurde, ist ein Zeichen dafür, wie stark drüben noch der militaristische Geist ist, der bei uns den Militarismus mit der Plebsdiktatur in allen Schattenspielen sucht. Die Alliierten konnten, wenn sie wollten, diese öffentliche Bräuterei vermeiden, eine vertrauliche Mitteilung, daß ein solcher Schritt unausweichlich sei, wenn sich die deutsche Regierung nicht zu einer Verständigung bequeme, würde sicherlich genügt haben, um den Willen der Sieger auch ohne öffentliche Bloßstellung der Besiegten zur Geltung zu bringen. Das Auftreten der Alliierten zeigt, daß drüben immer noch für ein Publikum gespielt wird, das äußere Schneidigkeit der ruhigen Sachlichkeit vorzieht.

Es fließt in diesem Verhalten ein innerer Widerspruch. Auf der einen Seite zeigt man die größte Sorge, daß Deutschland noch nicht genügend entwaffnet sei, auf der anderen Seite aber behandelt man es so, wie man nur einen Meistwiderstand. Die Alliierten würden die Drohung mit der fortschreitenden Besetzung nicht ausgebrochen haben, wüßten sie nicht, daß Deutschland Krieg führen wieder will noch kann.

Denn in der Tat ist die fortschreitende Besetzung ein Mittel, nicht um einen geschlossenen Vertrag mit friedlichen Mitteln durchzuführen, sondern ein Mittel der fortgesetzten einseitigen Kriegführung. Der Friedensvertrag bestimmt genau das Gebiet, das die Alliierten besetzt halten dürfen und die Zeitpunkte, zu denen dieses Gebiet schrittweise unter bestimmten Bedingungen geräumt werden soll. Die Alliierten sind durch den Friedensvertrag unter bestimmten Voraussetzungen berechtigt, die Räumungstermine hinauszuschieben, und dies ist das starke Druckmittel, das sie in der Hand haben, um die Durchführung des Vertrages zu erzwingen. Sie sind nicht dazu berechtigt, das Besetzungsbereich räumlich weiter auszudehnen; dieses Recht können sie sich nicht auf Grund des Friedensvertrages zusprechen, sondern nur auf Grund der tatsächlichen Macht, die sie besitzen, und darum bedeutet völkerrechtlich die fortschreitende Besetzung tatsächlich nichts anderes als die Aufhebung des Friedenszustandes und die Wiedereinführung des Kriegszustandes.

In diesem völkerrechtlichen Tatbestand wird nichts durch den Umstand geändert, daß dieser Art von Kriegszustand das äußere Bild des Krieges fehlt, weil der angegriffene Staat weder den Willen noch die Macht hat, sich mit kriegerischen Mitteln gegen den Einmarsch des Gegners in sein vertriebenes Gebiet zu Wehr zu setzen.

Denn man aber den Versuch macht, den Friedensvertrag so auszulegen, als ob er dem Vertragsgegner das Recht gäbe, jederzeit nach eigenem Ermessen jedes beliebige Gebiet, etwa auch die Reichshauptstadt selbst zu besetzen — dann löst sich dieser „Friedensvertrag“ eben in eitel Dunst auf. Ein Vertrag, der so alles in die Willkür der einen Seite stellt, der andern Seite aber die Pflicht auferlegt, jede Willkür zu dulden, würde auch jeden Schein einer zweifelhigen Vereinbarung verlieren und nichts sein, als ein Ausdruck eines Machtverhältnisses, der eben genau so lange Gültigkeit hat, wie dieses Machtverhältnis selbst besteht.

Am 2. Juli d. J. hat der neue englische Botschafter in Berlin, Lord d'Albarnon, dem Reichspräsidenten sein Beglaubigungsschreiben überreicht und dabei eine Ansprache gehalten, in der die folgende ausgezeichnete Bemerkung zu finden ist:

Es ist wohl bekannt, daß in den früheren Tagen die Tage des Kanustempels entweder geöffnet oder geschlossen waren. Einen Zwischenzustand gab es nicht. Bei Ausführung meiner Mission werde ich stets dessen eingedenk sein, daß Frieden geschlossen worden ist.

Zu diesen klaren und trefflichen Worten steht der Schlusssatz der Entente-Erklärung im allerhöchsten Gegensatz. Denn er bedeutet tatsächlich, um im Bilde des englischen Vorkämpfers zu bleiben, den ewig halbgeöffneten Kanustempel, einen Zwischen- und Zwitterzustand zwischen Krieg und Frieden. Daß ein solcher Zustand dreißig Jahre oder noch länger dauern könnte, ist ein Gedanke, der gar nicht auszudenken ist.

Die Frage der Entwaffnung darf kein „Kriegs-Tage II“ werden, auch nicht im Sinne jener einseitigen Kriegsführung, die dem einen Teil das Recht zu jedem Handeln gibt, dem andern die Pflicht zu jedem Dulden auferlegt. Es darf aber auch nicht der Anschein erweckt werden, als ob das deutsche Volk etwas als Recht annähme, was niemals in der Weltgeschichte als Recht gegolten hat, niemals als Recht gelten kann. Wir halten es mit dem Lord d'Abernon: Krieg ist Krieg, und Frieden ist Frieden, einen Zwischenzustand gibt es nicht. Zum Schutze des Friedens, einer Beilegung internationaler Streitigkeiten ohne militärische Gewaltanwendung, soll, wie eine fromme Sage berichtet, ein sogenannter „Völkerbund“ bestehen. Wo ist er?

In der Entwaffnungsfrage machen sich zwischen Unabhängigen und Kommunisten die allerhöchsten Gegensätze bemerkbar. Während nämlich die Unabhängigen als Pazifisten für die Entwaffnung eintreten, sehen die Kommunisten in der Forderung der Entente nur ein Manöver der Gegenrevolution, um den Fortschritt der Weltrevolution aufzuhalten. In diesem Sinne schreibt die „Rote Fahne“ unter der Überschrift „Die Verschwörung gegen die deutsche Revolution in Spa“:

Die heranwachsende deutsche Revolution soll keine Waffen vorfinden. Sowjetrußland soll keinen militärisch starken Verbündeten an seiner Seite haben. Der französische Imperialismus will keinen nennenswerten Widerstand in Deutschland vorfinden. Das sind die leitenden Gesichtspunkte Englands und Frankreichs in Spa. Unseren Dank an Herrn Lloyd George, daß er sie offen ausgesprochen hat!

Die Kommunisten haben, wie immer, vor den Unabhängigen die Konsequenz voraus. Sie wollen die Bewaffnung des Proletariats und erkennen richtig — daß dazu auch Waffen gehören. Die Unabhängigen rufen: „Bewaffnung des Proletariats!“ meinen zugleich aber auch, daß auf den Besitz von Waffen gar nicht schnell und restlos verzichtet werden kann. Wir für unseren Teil haben schon erklärt, daß die Bewaffnung des Proletariats mit dem Friedensvertrag unvereinbar ist. Will man keine Ausführung, so soll man sie nicht verlangen!

Landwirtschaftsminister Braun gegen die Frühdruschprämie.

Durch Verordnung vom 20. Juni d. J. hat der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft ehemals Frühdruschprämien ausgelegt. Es soll für Progetreide und Gerste aus der diesjährigen Ernte pro Tonne ein Lieferungszuschlag von 200 M. gewährt werden, falls die Ablieferung vor dem 1. August erfolgt, und ein Lieferungszuschlag von 150 M., wenn die Ablieferung vor dem 16. September erfolgt. Die Landeszentralbehörden können für Teile ihres Gebietes mit Rücksicht auf späte Ernte oder sonstige besondere, den Frühdrusch erschwerende Umstände mit Genehmigung des Reichsernährungsministers die Fristen bis um vier Wochen verlängern. Die Gründe für die abermalige Auslegung der verbotenen Frühdruschprämien hat Reichsminister Hermes jüngst dargelegt, es ist aber bekannt, daß sehr weite Kreise der Landwirtschaft und fast sämtliche Landwirtschafts-

kammern Gegner der Frühdruschprämie sind und sie bekämpfen. Auch der preussische Landwirtschaftsminister Braun hat sich gegen die erneute Frühdruschprämie gewandt und beim Reichsernährungsminister seine Bedenken gegen sie geltend gemacht.

Nachlassen der Kohlenförderung.

Zur Verkehrslage im Ruhrgebiet wird aus Essen gemeldet: Die Kohlenförderung der Region im Ruhrgebiet ging in der vergangenen Woche (28. 6.—3. 7.) noch weiter zurück. Die Beteiligung an den vertraglich zu verfahrenen Uebersichten nimmt ab. Eine Reihe von Belegschaften stellte auf Weisung des Betriebsrats die Uebersichten ein. Als Hauptgrund hierfür wird die schlechte Brotversorgung bezeichnet.

Kommunistischer Unterstützungsmißbrauch.

Magdeburg, 9. Juli. (Eigener Drohtbericht des „Vorwärts“) Der Magdeburger „Volkstimme“ ist es durch einen Zufall gelungen, Sicht in das dunkle Treiben der in Massen auftauchenden bolschewistischen Ruhrflüchlinge zu bringen. Nach den unbedingt zuverlässigen Feststellungen sind es durchaus nicht einzelne verbrochene Elemente, welche die Unterstützungskassen plündern. Die R. A. P. D. und die Sozialisten haben zur Ausnützung der Unterstützungskassen ein richtiges System ausgearbeitet. Ihre Funktionäre besitzen in Massen folgenden Planquausweis oder haben entsprechende Stempel:

Der revolutionäre Volksgendarm Duisburg, Duisburg.

Der — die Genossen von der Roten Armee sind Flüchtlinge aus dem Ruhrgebiet. Es wird gebeten, dieselben zu unterstützen. Der revolutionäre Volksgendarm Duisburg.

J. A. Kempa.

Diese Ausweise werden an Anhänger der R. A. P. D. und der Sozialisten oder an solche, die sich so nennen, ausgegeben, mit der Anweisung, den Zettel mit Namen auszufüllen, das Datum des 2. April zu setzen, weil von diesem Tage an die ersten Ausweise ausgegeben worden sind. Ebenso wird aufgefordert, den Zettel mit dem Namen zu unterzeichnen. Mit Hilfe der Unterstützung, die Inhaber solcher Ausweise erhalten, reisen die Agitatoren umher. Es werden aber auch Anhänger in größerer Zahl nach bestimmten Orten im Ruhrgebiet dirigiert, mit der Anweisung, sich dort auf den Sekretariaten der Sozialisten und der R. A. P. D. zu melden. In Magdeburg praktiziert die R. A. P. D. diese Methode. Wahlos werden die Planquausweise von dem Funktionär Hansmann verteilt, auch in mehreren Exemplaren, mit der Aufforderung, recht viele Erläuterungsgenossen zu werden und mit Hilfe der erwiderten Unterstützung nach Westfalen zu reisen.

Dieses Betrugsmanöver ist um so bemerkenswerter, als dadurch infolge der Schwächung der Massen die wirklich unterstützungsbedürftigen Arbeiter benachteiligt werden.

Der verbotene „Vorwärts“.

Man schreibt uns: Ich fühle mich veranlaßt, Ihnen folgendes mitzuteilen: Der Kolporteur Sch. in Galingen, Kreis Fulda, und ich selbst hielten im ersten Vierteljahr den „Vorwärts“. Der hiesige Parteil Vorkämpfer konnte es nicht unterlassen, gegen das Halten dieser Zeitung Stellung zu nehmen. So wurde mit von verschiedenen Ohrenzeugen abholt glaubwürdig mitgeteilt. Herr Vorkämpfer hätte solange auf den Ländbriefträger a. D. Adalbert Sch. eingewirkt, bis er das Blatt wieder abbestellte. Zeugen hierfür kann ich benennen.

Gehört das auch zur Seelsorge, Herr Vorkämpfer?

Die Tierärzte wünschen, wie sie in einer Resolution zum Ausdruck bringen, Aufnahme eines Vertreters in den Reichswirtschaftsrat.

Die Jugendbeichte eines Arbeiters.

Bücher, die den Werdegang kassenbewusster Arbeiter schildern, machen sich seit Jahr und Tag glücklicherweise häufig. Sie sind nicht nur als literarische Erscheinungen zu würdigen, sondern zugleich auch als Dokumente einer ringenden, fast revolutionär durchdrungenen Zeit. Aber das Einzelergebnis gibt doch schließlich immer den Ausgang an. Das trifft in hohem Maße auch für jene Aufzeichnungen zu, die unser Genosse Nikolaus Oserroth jüngst unter dem charakteristischen Titel „Tom Weier zum Kampfe“ im Verlag der Buchhandlung Vorwärts (Berlin) herausgebracht hat.

Es ist die Geschichte eines pfälzischen Arbeiterkinds, das seinen Weg durch Not und Entbehrungen und durch die losenden Unbilligkeiten eines streng katholisch-kirchlichen Elternhauses machen mußte. Bemerkungen über Bemerkungen wollten überwunden werden, bis schließlich dem aufgeweckten Jüngling der Weg frei lag: das Engungszwang der dörflichen Heimat mit dem Menschenkenntnis einer primitiven heimischen Industrie, die jede gedankliche Selbständigkeit niederdrückende Alterswirtschaft, die geistige Unterdrücktheit des ganzen Schichtenkreises, das mangelnde oder doch ungenügende Selbstbewußtsein. Wie das alles kam, daß Schone um Schone fiel, ist in einer launigen, fesselnden Art erzählt. Der „Kampf“ und die Gesänge, wüßtester Überzugs und blinde, lächerliche Heiligenbestimmungen spuen durch die Seiten des Buches. Aber ein nach dem anderen geht in die Brüche. Der Glaube des Vaters, der die Augen offen behält, gerät allmählich ins Wanken. Heber des Breuzenfressers Dr. Sigis bayerischer Bauernbündel kommt er zur Sozialdemokratie, wird er ein moderner Gewerkschafter und ein braver Kämpfer für die Ziele der Partei.

Die Tendenz des Buches ist eine überaus ernste. Und doch ist alles so launig und lebendig erzählt, so schmerzhaft geläubert, daß man seine helle Freude an dieser Beichte hat. Es redet eine gewisse Verwandtschaft in dem Buche zu zwei ganz ähnlichen Veröffentlichungen der jüngsten Vergangenheit. Man muß an die „Sozialer Landbevölkerung“ in Philipp Scheidemanns „Zwischen den Gefahren“ denken; und auch Wilhelm Meines Buch „Durch die Doldenhäuser des Lebens“ kommt einem unwillkürlich ins Gedächtnis, der auf einem ähnlich unbilligen zentrumschmerzlichen Boden auch wie Oserroth. Es ist dem Buch zu wünschen, daß es von sehr vielen Händen kommt; die ganze Art seines Erzählens kennzeichnet es als Unterhaltungslektüre im besten Sinne des Wortes. Gar vielen Arbeitern wird es ein Spiegel der eigenen Entwicklung sein.

Der Eingeleitwille des Arbeiterjünglings. Die Generalversammlung des Arbeiterjünglingsbundes, deren Delegierte etwa 100 000 Arbeiterjünger verteilte hat in Kassel getagt. Eine Reihe

Internationale Postkonferenz.

Die Internationale Konferenz der Postverwaltungen ist vorgezogen im Ministerium der Postämter in Paris zusammengetreten. Alle Länder Europas sind vertreten. Drei Kommissionen wurden eingesetzt. Sie beschäftigen sich mit der Wiederherstellung des internationalen Telegraphen- und Telephonverkehrs und mit der Frage des internationalen Postdienstes. Deutschland ist auf der Konferenz durch sieben Delegierte vertreten.

Rosenband und Galgenstrick.

Levi kontra Rodet.

In der neuesten Nummer der Zeitschrift „Die Internationale“ setzt sich der kommunistische Reichstagsabgeordnete Dr. Paul Levi mit Karl Rodet auseinander, der im vorangegangenen Heft das ungarische Räteexperiment verherrlicht und an ihm u. a. nur bedauert habe, daß damals die ungarischen Kommunisten nicht gleich neben dem Regierungsgewalt den Galgen aufstülpten für die schwankenden Elemente der Sozialdemokratie. Darauf antwortete Levi:

Ich halte in der proletarischen Diktatur einschneidende und schwere Maßnahmen für nötig gegen die Bourgeoisie, ich kann mir auch vorstellen, daß in schweren Augenblicken das Proletariat sich durch drohende Maßnahmen aufrecht erhalten muß gegen Rosenbänder oder Verdräter in den eigenen Reihen; aber im Augenblick der Konsolidierung der Räteherrschaft den Galgen zur Weiche der Einigung und Zusammenschließung des Proletariats zu erheben, die Organisation und Konsolidierung des Proletariats nicht auf der Basis des „Nerven und ungewöhnlichen Willens der großen Mehrheit des Proletariats“, ihrer bewährten Zustimmung zu den Ansichten, Zielen und Kampfmethoden der Kommunisten (wie Rosa Luxemburg sagt), sondern auf der Basis des gegenseitigen Denkens und Gehörwachtens vorzunehmen; das scheint mir — ich will kein hartes Wort gebrauchen — doch eine sehr unglückliche Methode des Zusammenschlusses des Proletariats zu sein.

Das Band, das die proletarische Klasse als solche zusammenhält, kann vielleicht kein Rosenband sein, aber sicherlich auch kein Galgenstrick.

Im Gegensatz zu Rodet und den ihm gleichgesinnten Münchener Kommunisten glaubt Levi nicht an die Wunderfähigkeit der Niederlage. Er schreibt darüber:

Ich glaube nicht, daß man gut tut, über so schwere Niederlagen leicht hinwegzugehen wie Rodet über die ungarische, indem er konstatiert, daß dort nicht nur der Wille des ungarischen Proletariats zur Befreiung ausgedrückt, sondern verstärkt und vertieft worden sei. Ich hoffe, wie die Dinge liegen, die Befreiung, daß die Verhältnisse in Ungarn dem dortigen Proletariat auf lange hinaus nicht gestatten, diesen Verhältnisse und vertieften Willen zu kaschieren. Ich erwünsche Ungarn wie München als einen Schritt, seinen Aktivistischen der Weltrevolution, und kann mich nicht genug überzeugen, daß es kommunistische Führung sei, so die Aktionen zu treiben, als sei es gleichgültig, ob ein Aktivist oder ein Konsolidierer hervorkommt, geschweige denn, daß ich sagen könnte: man muß auch eine Niederlage herbeiführen, wenn man keinen Sieg herbeiführen kann; — denn auch die Niederlage hat ja ihr Gutes.

Ich halte es auch nicht für zweckmäßig, wenn Genosse Rodet versucht, solche Gedanken dadurch abzuwehren, daß er diese Kritik identifiziert damit, daß man Räteverwirrer wie Lenin oder Bela Kun als revolutionäre Arbeiter hinstelle. Ihre Wundmale sind mir ebenso teuer wie dem Genossen Rodet. Und ich kann ja nur immer sagen: würde ich an ihrer Stelle im Kampfe, umgeben von Pulvertrommel, gestanden haben, vielleicht hätte ich auch nicht anders entschieden. Aber richtig wäre auch meine Entscheidung dann nicht gewesen. Also nicht sei mir fern, als daß ich auch mit ein Wortlein sage darüber, daß sie getri haben. Nur dagegen wollte ich ein Wortlein sagen, daß man, wie Genosse Rodet tut, den Jertum zur kommunistischen Theorie erhebt.

Man sieht aus diesen klugen Ausführungen, daß auch die noch überlegungsfähigen Führer der deutschen Volkspartei die Neigung verloren haben, sich und ihre Anhänger als Kanonenfutter für eine bafardierende russische Außenpolitik mißbrauchen zu lassen.

von weittragenden Beschlüssen wurde gefaßt, die den Arbeiterjugend und die Pflege der Kunstkultur im Volke zu fördern geeignet sind und zum Teil in organisatorischer wie künstlerischer Hinsicht neue Wege bedeuten. Folgende höchst erkennliche Resolution wurde mit allen gegen drei Stimmen angenommen:

Die fünfte Generalversammlung des Deutschen Arbeiterjünglingsbundes legt das Verbotnis ab, mit der gesamten arbeitenden Klasse (Hand- und Kopfarbeiter) in ihrem Befreiungskampfe zu fühlen und zu denken. Der Arbeiterjüngling fühlt sich eins mit dem Proletariat im Kampf um die Erreichung der politischen Macht und will durch seine Tätigkeit neben den hohen künstlerischen Idealen dieses Ziel erreichen. Hierzu ist aber notwendig, alle fähigen Arbeiter und Angestellten in seinen Reihen zu vereinigen. Nicht soll der Bund für eine Partei allein bestimmt sein, sondern alle Sozialisten sind uns herzlich willkommen und sollen mit dazu beitragen, baldigst eine Einigung und Erklarung des Proletariats herbeizuführen, weil eine solche im Interesse der arbeitenden Klasse unbedingt von Nutzen ist. Der Deutsche Arbeiterjünglingsbund ist eine Organisation zur Werbung und Verbreitung künstlerischer Kultur in der Arbeiterschaft und weist alle Zersplitterungsversuche mit Entschiedenheit zurück.

Dieser Beschluß rüttelt der deutschen sozialistischen Arbeiterschaft beider Richtungen aus frischem Geiste eine Sängerschaft von ungebrochener Leistungskraft und ungehemmter Entwicklungsfähigkeit.

Mag Klinger's Bekantung gefaßt gestern abend. Das Grad, das der Reiter gewünscht hat, liegt in keinem Grade zu Orosiens auf einer Anhöhe mit weitem Fernblick nach Nürnberg hin. Leipziger Abordnungen sprachen und legten Kränze nieder. Für die Berliner Seite Teggel trat Käthe Kollwitz an den Satz, und sie sprach im Geiste derer, die Ende der achtziger Jahre erlebt haben, was Klinger der jungen kurbereiten Generation als Deuter des Lebens gesehen ist.

Die Keryerieder. Im 18. Jahrhundert gab's Kofferrieder, die herumschweiften, als eine Privatperson Koffer im eigenen Heim brante, ankam ihn von der haastlich konzeptionierten Stelle zu begeben; heute gibts Keryerieder, die herumschweiften, ob Kinder ihre Unterweisung in religiösen und Lebensfragen aus von der haastlich konzeptionierten Stelle beziehen — oder etwa aus anderer Quelle! Und wird eine solche Quelle ermittelt, dann wird sie vergriffen, zugeschnitten, irgendwo verdrorben. Wie nun aber, wenn die gleiche Person einmal an haastlich konzeptionierter Stelle steht und Religionsunterricht gibt und außerdem Moralunterricht oder besser Lebenskunde außerhalb der Schule erteilt? Ja — dann, dann kann ihr Religionsunterricht notwendig nicht laugen!

So dachten die Eltern der Überlegungsstufe II in Spandau und hielten ihre Kinder auf — und diese Kreichten! Erstaunt erwiderte Fraulein Konten — das ist die gefährliche Person — in ihren religiösen Zweifeln (h in gutem Deutsch; sie regt zum Nachdenken an), weitens bringe sie Politik in die Religionsstunde. (Sollte sie etwa Walters Linieren Zusammenbruch im Vauernkrieg erwähnt haben? Dar sie vielleicht ihn als den Urheber der widerlichen kirchlich-börsigen Meinungslosigkeit geltend machen, indem er die Obrigkeit, jede Obrigkeit, als von Gott eingesetzt bezeichnet? Oder ist ihr Widmar nicht das Muster eines frommen Mannes?)

Der „gute“ Bürger befreuzige sich! Und drittens und lehtens: es vertrete sich nicht, daß Fraulein Konten Religionsunterricht u n b Moralunterricht erteile (und das heißt auf gut Deutsch: da haben Kirche und Eltern Hilfe gebekt und den Kindern ins Ohr gefekt). Die Klasse hat das Provinzialschulkollogium um eine andere Lehrkraft; die durch den Streik wahrbrscheinlich höchst überraschten Eltern bezwoagen ihren Willen und billigen ihn schweren Geizes, denn ihre Töchter hätten recht, das vertrete sich nicht; Religionsunterricht und Moralunterricht! (Wahrscheinlich vertritt sich bei diesen Eltern die Religion nicht mit der Moral.)

Auf diesen Stöhrtrup der „Handgrammen“ werfenden Eltern und höheren Töchter solate der Generalratum des ganzen schwarzen Meeres: Eingaben der Spandauer kirchlichen Gemeindevereine, der Kreisverbände, des Konsistoriums, diesem „Rebellband“ möge abgeholfen werden. Die reaktionäre Presse ließ ihre Batterien spielen, die „gute“ Gesellschaft hielt sich in den Dienst der „guten“ Sache; die kirchlichen Gemeindeverbände, die Vorkere, der Superintendent des Ortes. Es hand überigens Fraulein Kontens Suppl zur sozialdemokratischen Stadtoverordneten bevor (wer sagt da: Was?), aber nein, das hat ja nichts „mit der Sache“ zu tun. Die Elternbeiräte, wöhlen, bei denen Fraulein Konten angeliebt „Kisten gefüllt“ hatte, ein junges Mädchen „gemischbeld“ und andere fürchterliche Dinge getan, hatten den Zufall gegeben. Das übrige war realer, rechter Feldzugsplan, so hat es das „Spandauer Tageblatt“ selber eingestanden.

Wie weht man sich nun gegen eine solche keine Gesellschaft? Man sagt einfach, wie die Dinge liegen. Die Darlegung des Sachverhalts bei den Elternbeirätenwöhlen hatte bereits die öffentliche Meinung „entgiftet“. Die Seminarliste trat dann für ihre Lehrerin ein, man fing an, daß allzu durchsichtige Spiel zu durchschauen. Nun kommt es zur Entscheidung: das Provinzialschulkollogium lat erkennen die Pflicht, einem laizierten Menschen auf einleimem Posten gegen die Eltern beizustehen, es hat weitens die Pflicht — und das ist die prinzipielle Seite der Sache — zu erklären: solange nicht die Kirche erklärt, daß Religion und Moral im Widerspruch zueinander stehen, so lange haben wir nichts dagegen, daß dieselbe Lehrperson Religionsunterricht u n b Moralunterricht erteilt. Und zum Schluß: könnte man nicht Fraulein Konten zur Provinzialschulratin machen? Menschen solcher Art, die Religion u n b Moral pflegen, die tun uns not!

Der Wechsel in der Generaldirektion der Museen. Die Beurlaubung von Dr. G. A. Hartlaub aus Mannheim, der als Nachfolger des aus Kärntener Germanische Museum gekommenen Dr. Heinrich Zimmermann genannt wurde, ist vorläufig nur eine Kombination.

Der neue Generaldirektor Otto v. Falke wird schon vor seinem Amtsantritt die ganze Aufgabe beginnen, deren Vorbereitung seit der Urwahlung im Gange ist. Für den August und September ist die Abhaltung der Sammlungen des Kunstmuseums in Berlin aus der Prinz-Albrecht-Strasse in das Schloss an der Spree verlegt. Die Aufstellung der schon seit etwa 8000 Nummern stehenden Sammlungen dürfte sich durch den Winter hinziehen.

Die neue Altersgrenze für Hochschulrecht wird für die Berliner Universität die Folge haben, daß nicht weniger als 37 Dozenten sofort zu emeritieren, das heißt 37 neue ordentliche Professoren zu ernennen sind, falls man nicht gemille persönliche Ordinariate eingehen lassen will.

Die Frage der Kriegsschuldigen.

Paris, 8. Juli. Wie der Berichterstatter des „Internationale“ mitteilt, soll die Frage der Kriegsschuldigen jedenfalls nicht in Spa erledigt werden. Der belgische Minister des Aeußeren D'Amman sei beauftragt worden, namens der Alliierten einen Bericht zu erhalten, der den Deutschen einfach übermittelt werde.

Noch eine Kaiserdebatte.

London, 8. Juli. (Neuer.) Unterhaus. Bottomley fragte, ob Holland Mitglied des Völkerverbundes sei und ob die englische Regierung an den Bund herantreten wäre, um einen Druck auf Holland herbeizuführen, damit es seine Weigerung, denormaligen deutschen Kaiser anzuerkennen, aufgibt. Bonar Law bejahte die erste und verneinte die zweite Frage. Auf eine weitere Frage Bottomleys sagte Bonar Law, er glaube wohl, daß irgendwelche Vorstellungen des Völkerverbundes mehr Erfolg haben würden, als die Vorstellungen, die von den alliierten Mächten gemacht worden seien.

Durchbruch der Russen.

Sellingsrod, 9. Juli. (Z.) Südblich von Pros. Luram (welchlich der polnischen Grenze, an der Eisenbahnlinie Kiew—Lemberg) sind die Russen erneut durchgebrochen, und zwar in der Richtung auf Tarnopol und Lemberg. Das alte Festungsbereich Lubno—Dubno—Lud ist jetzt ohne jeden Schutz. Von den Karpathen bis zur Berecina befinden sich die polnischen Truppen in voller Auflösung. Ihre Front weist gähnende Lücken auf. Infolge der Ausdehnung des bolschewistischen Formationsfeldes ist Ostgalizien unmittelbar bedroht. Bei Woloczyn stehen die Bolschewisten nur noch fünf Meilen von der alten russischen Grenze entfernt. Die große russische Offensive geht in drei Richtungen: auf Tarnopol—Lemberg, Lemberg—Lublin und der dritte und stärkste Stoß von Wloclaw über Biala—Brest—Litzk—Warschau. Die Richtung auf Warschau bedroht Polen am schwersten und kann seinen Untergang herbeiführen.

Das polnische Problem.

Paris, 9. Juli. Der Sonderberichterstatter des „Internationale“ berichtet aus Spa, daß am Sonnabend oder Sonntag über Polen verhandelt werden soll. Es geht aus dieser Notiz nicht hervor, ob es sich um Sonderverhandlungen der alliierten Delegation oder um eine direkte Aussprache im Rahmen der Konferenz handelt. Teilt die zweite Möglichkeit ein, so würde auch die obersteinständige Frage wahrscheinlich von uns eingeschritten werden. Bisher nahmen wir an, daß das Schicksal Ostgaliziens durch die Abtünzung entschieden wird. In letzter Zeit scheint aber in den Kreisen der Alliierten eine Strömung an Kraft gewonnen zu haben, die sich die Neutralisierung Ostgaliziens zum Ziele setzt. Danach würde Ostgalizien ein selbständiger Staat mit einem Präsidenten an der Spitze und einem Ober- und Unterhaus als getrennter Körperschaft. Um dem vorausichtlich sehr radikalen Unterhaus die Möglichkeit einer derart unangenehmen Politik zu nehmen, würde das Oberhaus mit starken Rechten ausgerüstet werden. Die Information, die diese Notiz verbreitet, deutet an, daß sich besonders England für den Plan interessiert. Man wird abwarten müssen, inwiefern die Angaben den Tatsachen entsprechen.

Rußland und Amerika.

Washington, 8. Juli. (Havas.) Das Staatsdepartement hat die Beschränkungen im Handelsverkehr mit Sowjetrußland aufgehoben. Eine Ausnahme besteht für Materialien, die sofort zu Kriegszwecken verwendet werden können, für deren Ausfuhr nach Rußland von Fall zu Fall eine Sonderbewilligung erforderlich ist, die nur ausnahmsweise erteilt werden soll.

Unruhen in Apulien.

Mailand, 8. Juli. (Z.) Nach Wittermeldungen aus Bari liegt die Lage dort immer mehr zu. Die Telefon- und Telegraphenverbindungen sind durchschnitten. Die Stadt ist isoliert, da das Personal der Eisenbahn zwischen Bari—Vigevano in den Streik getreten ist. Es kommen keine Lebensmittel in die Gegend. Der „Corriere della Sera“ berichtet, daß auf einem großen Gut beträchtliche Mengen Getreide in Brand gesetzt worden sind. Es sollen 10000 Zentner Weizen verbrannt worden sein. Der „Secolo“ berichtet über neue Gewalttaten in der ganzen Provinz Ferrara.

Förderung des Heimstättenwesens.

Im Reichsarbeitsministerium trat bei diesem Ministerium angelegte künftige Arbeit für Heimstättenwesen zu einer ersten Sitzung unter dem Vorsitz von Dr. Damaschke zusammen. In Vertretung des Herrn Reichsarbeitsministers führte Staatssekretär Geis aus, daß es der Reichsregierung ganz besonders am Herzen liege, durch die sachverständige Beratung dieses Beirats in den Stand gesetzt zu werden, möglichst schnell und durchgreifend eine praktische Auswirkung des für die nächsten Reichshausbaujahres in die Wege zu leiten. Der Beirat beschäftigt sich sodann mit der Ausarbeitung eines Musterheimstättenvertrages, der so schnell wie möglich der Öffentlichkeit übergeben werden soll, um allen den Stellen, in deren Hand die praktische Heimbauarbeit liegt, eine Handhabe für Vertragsverhandlungen zur Schaffung von Wohn- und Wirtschaftsheimstätten zu geben. Zur Grundlage der nächsten Arbeiten wurde sodann der Beschluß der Nationalversammlung vom 29. April genommen, wonach die Reichsregierung zu ersuchen ist, zunächst bald einen Beirat zur Bekämpfung der Wohnungsnot und zur sozialen Ausgestaltung des Heimbauwesens, insbesondere auch in der Richtung vorzulegen, daß die Errichtung von Wohn- und Wirtschaftsheimstätten durch Beschaffung billigen Bodens erleichtert wird. Insbesondere wurden eingehende Erörterungen der Frage der Reuegaltung des Heimbauwesens rechtlich geordnet, daß in weitem Umfang, als die geltenden Bestimmungen, es ermöglichen soll, die Wünsche der heimstättenwerbenden Bevölkerung der Erfüllung näherzubringen. Des weiteren wurden die Fragen der Finanzierung sowie der Förderung des Wohnungsbaus auf der Grundlage der Selbsthilfe nach dem Vorgehen von Hauptmann Schmidt und Bauer Diebold geprüft.

Ein Hinweis! In unerschütterlicher Klarheit geht die „Arbeit“ heute morgen auf unseren geistigen Artikel „Eine sozialpolitische Forderung“ ein, indem sie alles bestrichelt. Das ist sehr einfach, aber nicht sehr überzeugend. Sie fündet die ausföhrliche Antwort des Reichsarbeitsministers an, der wir mit Hilfe entgegensehen. Bis dahin müssen wir unsere Angaben aufrecht erhalten.

Groß-Berlin

Vereitelter Millionenraub.

Ein von langer Hand vorbereitetes Betrugsmanöver, durch das ein einzelner Mann verfuhr, sich in den Besitz einer Schiffsladung im Werte von über einer Million Mark zu setzen, wurde durch das rechtzeitige Eingreifen der Kriminalpolizei verhindert.

Der Urheber ist ein früherer Postausbester Herbert, der wegen Unregelmäßigkeiten entlassen worden war. Herbert holte so Kenntnis davon erhalten, daß, wenn im nächsten Hafen ein Schiff mit Frachtgütern einlaufen war, die betreffende Expedition die Empfänger durch Karten benachrichtigte und diese auf die Karten hin die Waren abholte. Sein Plan ging nun dahin, sich in den Besitz dieser Karten zu setzen. Er wartete am Hafen das Einlaufen des Frachtdampfers Gneisenau ab, der eine große Ladung enthielt. Dann schloß er sich mit einem früheren Kollegen, der auf dem Amte als Ausbester tätig war, in Verbindung und überredete ihn, ihm gegen Zahlung von 300 M. den Schlüssel für die Briefkästen und die Briefeinlieferungslöcher zur Verfügung zu stellen. So fertigte er drei Briefkästen, die um das Expeditionsbureau herum angebracht sind. Bei dem dritten Kasten steckte er dann auch auf die gestohlenen Karten. Diese steckte er zu sich, während er die anderen Briefkästen dem Kollegen zur Abholung an das Postamt wieder übergab. Mit den Karten, die zur Abholung der verschleierten Frachtgüter, wie: Autos, Autozubehörsel, Stahlhelme für die Siederheitspolizei und Lebensmittel aller Art, bestimmt waren, begab er sich nach der Neuen Schönhauser Straße, um sie abzuholen. Er fand auch dort willige Annehmer, die Beträge von 500, 800 M. und mehr bezahlten. Nur für wenige, so für die Stahlhelme, fand er keine Käufer. Diese Karten steckte er dann wieder in den Briefkästen und so gelangten sie an den richtigen Empfänger.

Von diesem Handel hatte die Kriminalpolizei Kenntnis erhalten, die Verfolgung wurde sofort aufgenommen und die Täter festgehalten.

Zur Papiernot.

Die ungeheure Arbeitslosigkeit mit allen ihren Schrecken macht sich vor allem auch in Buchdruckgewerbe bemerkbar. Durch die Steigerung der Materialpreise und auch der Arbeitslöhne sind vor allem die Zeitungen in eine recht bedrückende Lage geraten, und selbst die Interimspublikationen von Post, Scherl und Wolff haben mit diesen Verhältnissen hart zu rechnen. Keine Zeitung kann bei den heutigen Papierpreisen bestehen, und namentlich die politischen Tageszeitungen erfordern meistens ganz erhebliche Zuschüsse. Erhöhungen der Abonnementspreise bleiben vollkommen wirkungslos, da jede Erhöhung durch den teilweisen Abgang der Leser in finanzieller Beziehung mehr als ausgeglichen wird. Ein Sinken der Papierpreise ist nicht zu erwarten, da angeblich die Papiernot anhält. In freiem Widerspruch hierzu steht die Tatsache, daß mit dem Zeitungspapier geradezu geackert wird. Die Expeditionen sind Paul Schur besitzt auf dem fiskalischen Gelände in der Alten Jakobstraße gegenüber dem Patentamt einen Lagerplatz, auf dem Hunderte von Papierrollen lagern, die Millionenwerte repräsentieren. Diese Papierrollen sind allen Witterungseinflüssen ausgesetzt, und man kann sich leicht ausrechnen, welche Werte durch die manische Witterung der letzten Tage verloren gegangen sind. Ein Beispiel dafür, wie der Wiederaufbau und der Abbau der Preise nicht gefördert wird.

Berliner Personenschiffahrt „Stern“.

Dem Deutschen Transportarbeiterverband (Winnensdiffer und Höger) geht um folgende Zuschrift mit der Bitte um Berücksichtigung zu:

In jüden Sommerlagen, besonders jetzt in den Ferien, bemerkt die Berliner Bevölkerung die Personenschiffahrt zu Ausflügen in die Umgebung Berlins. Die Sicherheit der Fahrt, das Leben der Passagiere, hängt von der Besatzung ab. Ein falsches Steueramöver, irgendeine falsche Handlung der Besatzung kann zu Unfällen, Aufwandskosten und damit Gefährdung der Passagiere führen. Deshalb sollte auch nur ausgewähltes, erfahrenes und fachkundiges Personal genommen werden. Dieses Personal ist genügend zur Verfügung, wenn von Seiten der Unternehmer ein Lohn gezahlt wird, der zur Existenz genügt. Bei der Spree-Havel-Dampfschiffahrtsgesellschaft „Stern“ erhalten die Bootleute und Feizer 150 M. und die Kapitäne und Maschinenisten 200 M. Wochenlohn bei einer 8 Stunden weit überschreitenden Arbeitszeit. Der Tariflohn für Binnenarbeiter beträgt zurzeit 105 M. resp. 215 M. die Woche, es finden aber Verhandlungen zwecks Erhöhung statt. Infolge der niedrigen Entlohnung von 150 M. pro Woche entstehen für die Gesellschaft „Stern“ natürlich Schwierigkeiten, bedienstetes, schiffahrtskundiges Personal zu erhalten. Es werden dann Leute für diesen Lohn eingestellt, die keine Kenntnis von Binnen-Schiffahrt haben und durch die wirtschaftliche Not gezwungen werden, für diesen Lohn die Arbeit zu verrichten. Durch die Nichtentlohnung von fachkundigem Personal wird die Sicherheit der Passagiere gefährdet. Wir richten im Interesse der Berliner Bevölkerung an diese das Ersuchen, bei der Benutzung der Personenschiffahrt darauf zu dringen, daß auch schiffahrtskundiges Personal an Bord ist. Bei Zahlung von Gehältern, die zur Existenz ausreichen, ist dieses möglich.

Die gesamten anderen Personenschiffahrtbetriebe zahlen den Tariflohn, ohne daß dort höhere Fahrpreise wie bei der Gesellschaft „Stern“ gezahlt werden. Es kann nicht angehen, daß auf Kosten der Sicherheit der Passagiere die Gesellschaft Extra-Prozente einsteckt.

Kartoffeln in Menge — für Zahlungsfähige!

Nach dem Kartoffelüberfluß, durch den sich vor einigen Wochen überaus wurden, ist jetzt eine so fühlbarere Kartoffelknappheit gekommen. Die Kartoffelernte ist auf ein winziges Quantum zurückgesunken, aber selbst das kriegt man nur, wenn man Glück hat. Ein Hammlenwarter schreibt uns, daß er und seine Angehörigen seit vierzehn Tagen überhaupt keine Kartoffeln mehr gehabt haben. Die auf die Nation abzugebenden Kartoffeln, für die ein mäßiger Preis (was man jetzt „mäßig“ nennt) vorgeschrieben ist, waren immer vergriffen. Ohne Marken gab es noch genug, aber das sind mit 170 M. zu bezahlen, was er nicht imstande. Seit drei Wochen arbeitet er bei verkürzter Arbeitszeit wöchentlich nur vier Tage, so daß sein Wochenlohn auf 120 M. gesunken ist, die durch den Steuerabzug, durch Kassenbeiträge usw. sich auf 101 M. verminderten. Von diesem Einkommen sollen vier Menschen leben! Als es am letzten Sonnabend wieder mal Kartoffeln auf den Markt gab, war der Mann gerüstet, Stundenlang „Kolonnas zu heben“. Aber nur ein Zell der Kunden konnte von dem geringen Kartoffelvorrat erhalten, und mit vielen Leidensgenossen mußte auch er wieder ohne Kartoffeln nach Hause gehen. In dieser Woche erklärte ihm der Händler, daß die Kartennachschritte inzwischen verfallen seien. Der Geschädigte wirft nun die Frage auf, ob nicht für die wegen Kartoffelknappheit nichtbeliebten Abnehmer die Gültigkeitsdauer zu verlängern und den betroffenen Kunden dann eine Vorzugsbelieferung zubilligen wäre. Wir können diese Forderung nur als berechtigt anerkennen.

Erwerbslosenfürsorge im Reichswirtschaftsrat.

In der kommenden Woche wird sich eine besondere Kommission des Reichswirtschaftsrates mit der Erwerbslosenfürsorge befassen. Die Mitglieder dieser Kommission setzen sich aus den Angehörigen des wirtschaftspolitischen und des sozialpolitischen Ausschusses zusammen. In der Frage der Erwerbslosenfürsorge sind bisher nur Sachverständige gehört worden.

Das Material der Kommissionsberatungen wird dem Reichswirtschaftsrat in einer seiner nächsten Vollsitungen vorgelegt werden.

Von unseren Gefangenen in Rußland. Durch Ausfragen kürzlich aus Rußland und Sibirien heimgekehrter ehemaliger Kriegs- und Zivilgefangener ist es gelungen, neuere Nachrichten aus dortigen Lagern sowie über das Schicksal einzelner noch zurückgebliebener Kriegsgefangener zu erhalten. Es haben sich außerdem eine ganze Reihe Heimgekehrter bereit erklärt, Auskunft über ihre Kameraden, soweit sie hierzu imstande sind, den Angehörigen zu erteilen. Die letzte Nummer der „Mitteilungen“ des Volksbundes zum Schutze der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen, Berlin SW 68, Lindenstraße 35, enthält die näheren Daten hierüber und ist vom Vereinsabteilungsamt Preußen gegen Namhaftmachung (50 Pf.) zu erhalten.

„Kaiserlich“ heißt das Postamt des Neufällner Postbezirks 1 noch auf gestempelten Oblaten, mit denen amliche Briefe dieses Postamts verschlossen wurden. Der Empfänger von zwei solchen im Juni 1920 aufgegebenen Briefen überreicht uns die Umschläge, auf deren Rückseite prangt: „Kaiserliches Postamt Neufölln“. Daß die von früher noch vorhandenen Zeitungen aufgebraucht werden sollen, kann bei der Papiersteuerung verständlich scheinen. Dann möge man aber mit einem dicken Strich dem Postamt seine „Kaiserlichkeit“ nehmen, wie das deutsche Volk sie Wilhelm dem Dritten genommen hat. Auch für das Berliner Postamt 61 am Tempelhofer Ufer empfehlen wir eine Korrektur. An der Außenseite des Umschlages liegt man immer noch die Aufschrift: „Kaiserliches Postamt“. Gerunter mit der „Kaiserlichkeit“!

Muttergotteskuren. Im Kaiserin-Auguste-Viktoria-Haus, Charlottenburg, Frankstraße, beginnt am 8. Juli 1920 ein Kursus für Mütter und Mädchen, in dem all das theoretisch und praktisch gelehrt werden wird, was eine Frau von der Pflege und Ernährung des Säuglings wissen muß. Der Kursus umfaßt vier Stunden: jeweils Donnerstag von 5—6½ Uhr. Es wird großer Wert auf praktische Übungen am lebenden Kinde gelegt. Am Schluß des Kurses Repräsentation des Gelehrten am Säuglingspflege-Lehrstuhl des Kaiserin-Auguste-Viktoria-Hauses. Einschreibgebühr für den Gesamtkursus M. 15.—, Meldungen im Bureau der Anstalt.

„Volk und Zeit“, unsere illustrierte Wochenchrift, liegt der heutigen Postausgabe bei.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Stralau. Anmeldung bis Montag: 375 Gramm Zucker (14), 125 Gramm Getreide (35), 125 Gramm Erbsen (36).

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, 9. Juli:

- 2. Abt. Die zur Flugblattverteilung am Sonnabend bestimmten Flugblätter sind beim Genossen Lucht, Lindenstr. 2, baldigst abzuholen.
- Morgen, 10. Juli:
- 24. Abt. 5 Uhr Flugblattverteilung von den bekannten Lokalen. 7 Uhr bei Köpfer, Uraniumstr. 23, Funktionärerversammlung, Besprechung über die Statuten.
- 25. Abt. 7 Uhr bei H. Burg, Prenzlauer Allee 189, Sitzung der Bezirksführer.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

- Reichsbund der Kriegsschädigten, Bezirk Nichtenberg, Am 13. Juli im Lyzeum, Rathausstraße 71, Monatsversammlung. Sessen- und Kassenberichterstattung.
- Der Vortrag in der politischen Arbeitsgemeinschaft der Frauen. Den Frau-Bele-Sprecher Montag im Deutschen Frauenklub, Kurfürstendamm, über den internationalen Frauenkongress in Wien halten sollte, muß ausfallen.
- Der Arbeiterbildungs-Vortrag über das Einseitige Relativitätsprinzip und seine astronomischen Beweise mit zahlreichen Licht- und Drehbildern und den bemerkenswerten Originalaufnahmen der Sonnenflecken vom Jahre 1919 wird wegen des bisherigen Andranges am Dienstag um 7½ Uhr im großen Rathhaus-Saal, Berlin W, Köpenickerstraße 75, wiederholt.

Berichtszeitung.

Der Massenmörder Schumann vor Gericht.

Nach Eröffnung der Sitzung werden die zum Fall der Ermordung des Nachwächters Engel noch nachträglich geladenen Zeugen vernommen, welche jedoch beide den Angeklagten nicht als den Mann wiedererkennen können, den sie damals in der Nähe des Tatortes haben herumsehen sehen.

Rechtsanwalt Dr. Frech beantragt zwecks Nachprüfung der Angaben des Angeklagten die beiden Transporteure, von welchen Schumann auf dem Transport nach Berlin angeblich schwer mißhandelt sein will, zu laden, um festzustellen, was an den Erzählungen des Angeklagten wahr ist.

Es beginnt darauf die Beweisaufnahme über die Erziehung des Lehrers Paul.

Der Lehrer Paul befand in der Kolonie Falkenhagen bei ein Laubengrundstück, auf dem er mit seiner Frau und Tochter im Sommer wohnte. In der Nacht zum 22. Juni wurden die Schlafenden durch ein Feuerknistern wach. Als sie aus der Laube hinaus wollten, entdeckten sie, daß von unbekannter Hand ein dicker Jannhast von außen gegen die Tür gestoßen war, so daß die Tür nicht aufging. Nachdem es ihnen mit vieler Mühe gelungen war, das Hindernis zu beseitigen, entdeckten sie, daß ein mit Holz gefüllter Schuppen brannte. Sie schloßen das Feuer und wollten gerade wieder in das Haus hineingehen, als Frau Paul eine Gestalt zwischen den Bäumen bemerkte. Sie schloßen die Tür schnell von innen. Im nächsten Augenblick schob sich eine rauchgeschwärmte Hand durch den Fensterladen und versuchte den Fensterriegel zu öffnen. Während Paul rief: „Was wollen Sie denn hier?“ trat ein Schuh und Paul samt auszuwachen.

Wie die Zeugin Fräulein Paul bezeugt, habe gleich darauf ein Mann mit Soldatenmütze durch das Fenster gesehen und die Einlenkung auf sie gerichtet. Sie habe gerufen: „Dieser Mann, gehen Sie hoch. Wollen Sie uns denn alle drei ermorden? Wir sind doch keine reichen Leute! Der Mann habe darauf die Pistole sinken lassen und sei weggegangen.

Vors.: Kennen Sie den Angeklagten als den Täter wieder? — Zeugin: Ich habe ihn, als er mir gegenübergestellt wurde, sofort wieder erkannt.

Vors.: Ist er es gewesen? — Zeugin: Ja. — Vors.: Haben Sie gar keinen Zweifel? — Zeugin: Nein; ich habe das Gesicht noch deutlich in der Erinnerung. — Rechtsanwalt Dr. Frech: Die Zeugin hat erklärt, der Mann habe blaue Augen gehabt. Der Angeklagte hat doch alles andere, als blaue Augen. Der Zeugin ist ja der Angeklagte auch erst nach Nacht und Tag gegenübergestellt worden. — Die Zeugin bleibt dabei, daß sie den Angeklagten wiedererkennt. — Vors.: Angeklagter, können Sie sich jetzt vielleicht entsinnen, in jener Nacht an dem Hause des Lehrers Paul gewesen zu sein? — Angekl.: Ich habe

weder geschossen noch Feuer ausgesetzt.

Nach meiner Meinung war ich zu jener Zeit überhaupt im Bilde. — Auf Befragen des Vorsitzenden bestätigt Adv. Paul, daß der Vater erzählt habe, er sei dasungewissen, wie der Angeklagte am 22. Juni 1915 eine Frau Schwabitz bei einem Mord begangen habe; dieser sei dadurch bei der Ausführung des Verbrechens gehindert worden. Frau Paul, die Witwe des erkrankten Lehrers, macht ihre Aussagen in stiller Erregung, die um so erklärlicher ist, als heute gerade der Geburtstag ihres Mannes ist.

(Fortsetzung in der Morgenausgabe.)

Morgen Sonnabend, Flugblattverbreitung für Groß-Berlin von den bekannten Bezirkslokalen.

Wirtschaft

Zum Zusammenschluß Schulteich-Bahnhof.

Die Betriebsräte der beiden Brauereien haben folgende Entschlüsse angenommen:

Die verammelten Betriebsräte der Schulteich- und Bahnhöfer Betriebe verlangen, daß durch das Zusammenlegen der Schulteich- und Bahnhöfer Betriebe in erster Linie ein billigeres und besseres Bier hergestellt werden muß, um dadurch den Konsum zu heben. Um eine höhere Wirtschaftlichkeit der Betriebe herbeizuführen, muß vor allen Dingen in der Leitung ganz erheblich gespart werden. Sie protestieren aber ganz entschieden gegen Stilllegung einzelner Betriebe; denn dadurch würde ein erheblicher Teil arbeitsfreudiger Arbeiter der Arbeitslosenunterstützung zur Last fallen. Sie verlangen, daß der in guten Zeiten geschaffene Reichtum dazu benutzt werden muß, die Arbeitskräfte weiter zu beschäftigen. Sollte man aber später zu Entlassungen schreiten müssen, so verlangen die Betriebsräte, daß den Ausscheidenden der Betrag von mindestens einem halben Jahreslohn ausgezahlt werden muß.

Wir haben in Nr. 338 A. des „Vorwärts“ zu dieser Frage, die weit über den hier vorliegenden Einzelfall hinaus eine grundsätzliche Bedeutung hat, Stellung genommen und darauf hingewiesen, daß es volkswirtschaftlich betrachtet vor allem darauf ankommt, alle entbehrlichen Arbeitskräfte wieder in wirtschaftlich günstiger Weise in den Produktionsprozess einzufassen. Das kann nur dadurch geschehen, daß die Betriebe sich anderen Betrieben, die Arbeitskräfte aufnehmen können, also landwirtschaftliche Großbetriebe, angliedern, oder in den freierwerbenden Kleinbetrieben neue Fabrikationszweige aufnehmen. Die Forderung, daß ein halber Jahreslohn ausgezahlt werden soll, ist begründet, da vielleicht viele der zur Entlassung kommenden Angestellten und Arbeiter beabsichtigen, sich mit diesem Geldbetrag eine eigene Existenz als Kleinrentner, Gastwirt usw. zu gründen, vielleicht auch an Siedlungsvereinigungen zu beteiligen. Diejenigen Arbeiter und Angestellten, die Sozialisten sind, die gemeinsam wirtschaftlich denken, werden aber anders denken und sozialistischen Grundgedanken gemäß anders denken müssen. Sie müssen sich darüber klar sein, daß die Volksgemeinschaft ein erhebliches Interesse daran hat, wie ihre Arbeitskraft zukünftig zum Nutzen der Volkswirtschaft Verwendung finden kann. Bleiben sie als entbehrliche Glieder im Betrieb, der sie mitverzehrt, dann belasten sie den Konsum, der mit jedem Gros hier einen Anteil Erwerbslosenunterstützung mit zu zahlen hat. Da hier ein Gewinnmittel ist, auf das man auch verzichten kann, ist diese Belastung nicht so schwerwiegend, sicher aber wirkt sie auf den Konsum hemmend.

Dagegen kann man wohl mit Recht sagen, daß solche Belastungen in erster Linie aus den für die Aktionäre bestimmten Heberhöhen zu bedenken sein werden. Die Frage, inwiefern die Aktionärsdividende auf eine bestimmte Höhe zu beschränken ist, um die Heberhöhen zur Herabsetzung des Bierpreises, damit zur Steigerung des Umsatzes und damit letzten Endes zur Vermehrung der Arbeitsgelegenheit zu verwenden ist, ist ebenfalls eine grundsätzliche und bedarf einer allgemeinen Regelung. Es zeigt sich tagtäglich mannigfaltig der Unterschied zwischen Theorie und Praxis, der wegen der zwischen dem Eigeninteresse des einzelnen und dem Gesamtinteresse. Wollen die beteiligten Arbeiter und Angestellten sozialistisch handeln, dann müssen sie die Forderung aufstellen, daß die vereinigten Unternehmungen mit allen Mitteln neue Arbeitsgelegenheit, und zwar keine Notstandsarbeit, als verlässliche Erwerbsloosenfürsorge, sondern produktive, neue Arbeitsgelegenheit zu schaffen haben.

Vom Eisenbeton-Schiffbau.

Der Zentralverein für deutsche Binnen-Schiffahrt beschäftigt sich mit dem Wiederaufbau der Binnenflotte, der unter den niederstimmtesten Bestimmungen des Friedensvertrages erfolgen muß. Vereinfachung, Verzicht auf Ausstattung, Vereinfachung und intensiver Ingenieurarbeit sind die unbedingt nötigen Mittel dazu, einfache gerade Schiffskörper mit besten Schleppeigenschaften. Die Eisenbetonwerke in Kiel und Witten zeigen die Vorteile des Eisenbetonschiffbaus in wirtschaftlicher und technischer Beziehung.

Die Preise der Reichsschuh.

Das für die Folge von der Reichsschuhversorgung G. m. b. H. an die Kommunalverbände für die minderebente Bevölkerung zur Verteilung gelangende lederne Straßenschuhwerk wird seiner Beschaffenheit nach in 3 Klassen eingeteilt und entsprechend berechnet.

- Klasse I: Beste Ausführung, hochwertiger Leder, nur rahmengenügt.
- II: Durchgenäht und holzgeragelt in besserer Ausführung.
- III: Durchgenäht und holzgeragelt in guter Ausführung.

Die veränderten Verhältnisse haben zum Teil eine Erhöhung der Preise notwendig gemacht. Die neuen von der Reichsschuhversorgung G. m. b. H. in Rechnung zu stellenden Preise sind jedoch auch bei Berücksichtigung der derzeitigen Lage auf dem Ledermarkt als niedrig bemessen, daß sie um ein ganz Er-

hebliches unter denjenigen Preisen liegen, die für das im freien Verkehr erhältliche Schuhwerk anzulegen sind.

Unter Berücksichtigung der den Kommunalverbänden erwachsenen erhöhten Unkosten einerseits, des erhöhten Rechnungspreises andererseits ist der den Kommunalverbänden zugebilligte Vertriebspreis auf 8 v. H. des Rechnungspreises festgelegt.

Sonach stellen sich künftighin die Preise, wie folgt:

	Rechnungspreis	Vertriebspreis	Aufgeschwemmter Kleinverkaufspreis
a) Herrenstiefel, Gr. 40-46			
Klasse I	162,05 M.	12,95 M.	175,- M.
II	115,75	9,25	125,-
III	83,85	6,65	90,-
b) Damen- u. Konf.-Stiefel, Gr. 36-42 bzw. 38-39			
Klasse I	148,15 M.	11,85 M.	160,- M.
II	101,55	8,15	110,-
III	83,85	6,65	90,-
c) Knabenstiefel, Gr. 35-39 bzw. 40			
Klasse I	- M.	- M.	- M.
II	83,85	6,65	90,-
III	64,90	5,20	70,-
d) Mädchenstiefel, Gr. 31-35			
Klasse I	- M.	- M.	- M.
II	64,90	5,20	70,-
III	46,90	3,70	50,-
e) Kinderstiefel, Gr. 27-30			
Klasse I	- M.	- M.	- M.
II	46,90	3,70	50,-
III	32,40	2,60	35,-
f) Kinderstiefel, Gr. 25-26			
Klasse I	- M.	- M.	- M.
II	32,40	2,60	35,-
III	23,15	1,95	25,-
g) Damen-Halbschuh, nur Klasse II	83,85 M.	6,65 M.	90,- M.

Wir vermeiden bei der Reichsschuhversorgung einen erheblichen Fortschritt gegenüber dem Betrieb durch den freien Handel, nämlich die Qualitätsüberzeichnungen und die aufgeschwemmten Kleinverkaufspreise. Diese Form des Anbietens von Ware müßte zum Schutz der Verbraucher gesetzlich überall vorgeschrieben sein, weil der Verbraucher nicht beurteilen kann, ob die Güte der zum Verkauf gestellten Ware zu dem geforderten Preis im richtigen Verhältnis steht. Darauf kommt es aber einzig und allein an. Wir fordern eine organisierte Wirtschaft mit kontrollierten Preisen, um den Verbraucher als Laien vor der schamlosen Verwässerung, die sich breit gemacht hat, zu schützen.

Gewerkschaftsbewegung

Funktionärstung der Eisenbahner.

Eine von der Ortsverwaltung Groß-Berlin des Deutschen Eisenbahner-Verbandes in den Zentralstellen einberufene Funktionärstung nahm zu den brennendsten Fragen, die die Eisenbahnerbewegung, Stellung, insbesondere zum Reichslohntarif und zu der Einführungsfrage der Beamten im Besoldungsgesetz.

Nach eingehender Diskussion wurden nachstehende Resolutionen einstimmig angenommen, die der Hauptvorstand bei den Beratungen im Hauptausschuß des Reichstages mit berücksichtigen soll:

Die Sitzung der Funktionäre der Ortsgruppe Groß-Berlin des Deutschen Eisenbahner-Verbandes am 7. Juli 1920 fordert von dem Reichstages die sofortige Vereinfachung der Mittel zur Durchführung des zum Abschluß gekommenen Reichslohntarifs. Ebenso ist die Einführungsfrage für die Eisenbahnbeamten so zu regeln, daß das Besoldungsgesetz endlich die berechtigten Ansprüche der genannten Beamten erfüllt.

Eine zweite Resolution, die sich mit den Eisenbahndiätaren beschäftigt, wurde ebenfalls einstimmig angenommen; der Wortlaut ist folgender:

Die Sitzung der Funktionäre der Ortsgruppe Groß-Berlin des Deutschen Eisenbahner-Verbandes vom 7. Juli 1920 ersucht das Reichsverkehrsministerium, die den in das diätarische Beamtenverhältnis überführten Hilfsbeamten gemachten Abzüge für die Monate Juni und Juli zurückzugeben und dafür zu sorgen, daß die Diätäre nach Unterstellung unter das Besoldungsgesetz nicht schlechter bezahlet werden, als das unter dem Reichslohntarif der Fall sein würde.

Ein Antrag Ulrich, die Ortsverwaltung zu beauftragen, die Zusammenfassung der Betriebsräte mit der Betriebsrätezentrale gemeinsam im engsten Einvernehmen umgebend zu bewerkstelligen, wurde mit großer Majorität abgelehnt.

In der Diskussion wurde wiederholt zum Ausdruck gebracht, daß die wirtschaftliche Lage der Eisenbahner auf einen Punkt angelangt sei, der zu unabsehbaren Folgen führen könnte, wenn nicht schleunig-

die im Reichslohntarif vorgesehenen Verbesserungen des Lohnniveaus verwirklicht würden.

Es wurde insbesondere darauf hingewiesen, daß die Stimmung im Lande derartig sei, daß man, wenn nicht baldige Abhilfe geschieht, mit schweren wirtschaftlichen Störungen rechnen müsse.

Allgemein wurde der Wunsch ausgesprochen, den Reichslohntarif endgültig zum Abschluß zu bringen.

Zum Streik in Solpa-Schornewitz.

Die Verwaltung der Elektrizität hat gegenwärtig die Einstellung des Sachverhalts die im Tarifvertrage vorgesehene Schlichtungsinanz angerufen. Die Verwaltung hat den Antrag gestellt, die Schlichtungsinanz möge aussprechen, daß die von der Arbeiterschaft erhobenen Lohnforderungen tarifwidrig und daher zurückzuweisen sind und der Zustand, in den die Arbeiter unter Umgehung des Schlichtungsweges eingetreten sind, als tarifwidrig milder Streik anzusehen ist.

Eine Reichskonferenz der Krankenkassenangehörten

Einberufen vom Zentralverband der Angestellten, tagte vor wenigen Tagen in Jena. Anwesend waren 67 Vertreter aus allen Teilen des Reichs. Zu Punkt 1 der Tagesordnung „Beamteneigenschaft oder Tarifvertrag?“ referierte Siebel Berlin. Folgende Entschlüsse wurden gegen eine Stimme angenommen:

Die Reichskonferenz der Krankenkassenangehörten hält nach wie vor an der gewerkschaftlichen Regelung ihrer Dienst- und Einkommensverhältnisse und somit an der Tarifgemeinschaft fest und erblickt in derselben die beste Möglichkeit, die Interessen der Kollegenschaft zu wahren und zu fördern. Die Beamteneigenschaft würde das für die Entfaltung der Sozialversicherung notwendige Selbstverwaltungsrecht der Krankenkassen verflümmern und die Kassenangehörten würden in ihrer persönlichen und wirtschaftlichen Freiheit die bedenklichsten Einengungen erleiden.

Die Konferenz ist aber hinsichtlich der Befolgung der Kassenangehörten sehr unzufrieden mit der mit dem Hauptverband deutscher Ortskrankenkassen eingegangenen Tarifgemeinschaft und mit dem Beschluß vom 11. Juni 1920 über die Erhöhung des tariflichen Mindestlohns. Der Vorstand des Zentralverbandes der Angestellten wird deshalb beauftragt, schneidend mit allen Mitteln als nächstes Ziel mindestens die materielle, aber nicht schematische Gleichstellung, auch in der Anordnung der Dienstjahre, mit den Reichsbeamten nach dem Reichsbesoldungsgesetz durchzusetzen. Auch sollen insoweit die Gutsaufhebungen des Zentralverbandes der Angestellten bei den Unterorganen des Hauptverbandes deutscher O. A. K. auf die restlose Anerkennung dieser Forderung hinarbeiten.

Der Vorstand des Zentralverbandes der Angestellten hat im Sinne der heutigen Konferenz gehandelt, als er die mit dem Hauptverband deutscher O. A. K. eingegangene Tarifgemeinschaft für 31. Dezember gekündigt hat.

Außerdem vertritt die heutige Konferenz die Auffassung, daß in der freien deutschen Republik auch den Krankenkassenangehörten und Beamten in gleicher Weise wie der gesamten Arbeiter- und Angestelltenchaft das Recht werden muß, frei und unabhängig von beherrschenden Einmischungen Tarifverträge oder Dienstverordnungen abzuschließen resp. abzuändern, und fordert deshalb von der Gesetzgebung die schleunigste Beseitigung der dieses Recht einschränkenden Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung, insbesondere des § 335.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung: „Die Reform der Sozialversicherung“, sprach Heilmann Berlin. Nach längerer Aussprache wurde beschlossen, zunächst in den Ortsgruppen zu der Frage Stellung zu nehmen und die Beschlußfassung einer im Herbst stattfindenden weiteren Reichskonferenz, die sich auch mit der Aufhebung der Forderungen für die Tarifrevision befaßt, zu überlassen.

Gegenmaßnahmen der Rechtsanwälte im Anwaltsangehörtenstreik.

Die Rechtsanwälte haben, wie der Zentralverband der Angestellten berichtet, eine Streikabwehrkommission gebildet, deren Führer der Rechtsanwalt Roth, Friedrichstr. 48, ist und die an die Rechtsanwältin das Ersuchen gerichtet hat, während des Streiks alle Prozesse zu verlagern (mit anderen Worten zu verschleppen). Den Schaden werden also die Mandanten haben, die sich zu Rechtsanwältigen begeben, die die Forderungen nicht bewilligt haben. Die Disziplin unter den Rechtsanwältigen scheint keine besonders gute zu sein. Es beweist dies, daß bereits ein sehr großer Teil die Forderungen bewilligt hat und täglich immer neue Bewilligungen eingeht. Unter den Streikenden herrscht eine vorzügliche Kampfstimmung.

Achtung, Kriegsorganisationen! Der Zentralverband der Angestellten teilt mit: Die zum Freitag, den 9. Juli, nachmittags 3 1/2 Uhr, in der Aula Kochstr. 13 angelegte Kundgebung der Sektionsleitung ist auf Freitag, den 16. Juli, für gleichen Ort und Stunde verschoben worden, da die Frist zur Einreichung von Vorschlägen zu kurz war. Derselben sind jetzt bis 16. Juli 1920, mittags 12 Uhr, bei Halle, Reichslohnkommission, Widmannstraße, einzuweisen.

Bericht über den redakt. Teil: Dr. Werner Heller, Charlottenburg; für Unruhig: Dr. G. G. Berlin; Verlag: Verlags-Bücherei G. m. b. H., Berlin; Druck: Verlags-Bücherei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin; Druck: 3.

Herren-Garderobe

Anzüge, Paletots, Ulster
von 415 bis 1700 M.
größte Auswahl, besonders preiswert
Teilszahlung gestattet!
Beiser, Lohringer Str. 67

Verkäufe

Wandbild, wache Bahndel, Quadratmeter 30, Markt, 100, Markt, Ansehens, Dillier, Straße, Dionisierstraße 11, Fernsprecher: Sirella 2994.

Chloroform

9 Monate alt, taugliche Dampfen zu verkaufen, Dues, Friedrichstr. 77.

Musikinstrumente

Violen, Clarinetten, Horninstrumente, gebrauchte und neue Instrumente, Reparaturen und Stimmungsaussagen, Max Adam, Wundtstraße 16, 1508.

Kaufgesuche

Klempnerarbeiten, auch zu höchsten Preisen, Reichstr. 20.

Waffenhandlung

Waffenhandlung, auch zu höchsten Preisen, Reichstr. 20.

Film-Palast

Rappentstr. 20, A. Rpt. 4114
Som. 9. bis 13. Juli:
Die Wölfin.

Reichel's Magentropfen

Seit über 20 Jahren erfolgreich erprobt und bewährt durch ihre große Wirkung bei Magenleiden und Verdauungsstörungen.

Wandbilder

Wandbilder, wache Bahndel, Quadratmeter 30, Markt, 100, Markt, Ansehens, Dillier, Straße, Dionisierstraße 11, Fernsprecher: Sirella 2994.

Chloroform

9 Monate alt, taugliche Dampfen zu verkaufen, Dues, Friedrichstr. 77.

Musikinstrumente

Violen, Clarinetten, Horninstrumente, gebrauchte und neue Instrumente, Reparaturen und Stimmungsaussagen, Max Adam, Wundtstraße 16, 1508.

Kaufgesuche

Klempnerarbeiten, auch zu höchsten Preisen, Reichstr. 20.

Waffenhandlung

Waffenhandlung, auch zu höchsten Preisen, Reichstr. 20.

Zähne

Zahnärztliche Behandlung, auch zu höchsten Preisen, Reichstr. 20.

Elektro-Motore

Elektro-Motore, auch zu höchsten Preisen, Reichstr. 20.

Wandbilder

Wandbilder, wache Bahndel, Quadratmeter 30, Markt, 100, Markt, Ansehens, Dillier, Straße, Dionisierstraße 11, Fernsprecher: Sirella 2994.

Chloroform

9 Monate alt, taugliche Dampfen zu verkaufen, Dues, Friedrichstr. 77.

Musikinstrumente

Violen, Clarinetten, Horninstrumente, gebrauchte und neue Instrumente, Reparaturen und Stimmungsaussagen, Max Adam, Wundtstraße 16, 1508.

Kaufgesuche

Klempnerarbeiten, auch zu höchsten Preisen, Reichstr. 20.

Waffenhandlung

Waffenhandlung, auch zu höchsten Preisen, Reichstr. 20.